SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Regionale Entwicklungspolitik im Standortwettbewerb: Fallstudie Agglomerationsraum Linz/Oberösterreich

Maier, Jörg; Forster, Stefan; Lueginger, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Maier, J., Forster, S., & Lueginger, S. (2012). Regionale Entwicklungspolitik im Standortwettbewerb: Fallstudie Agglomerationsraum Linz/Oberösterreich. In A. Kauffmann, & M. T. W. Rosenfeld (Hrsg.), *Städte und Regionen im Standortwettbewerb: neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik* (S. 219-233). Hannover: Verl. d. ARL. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337199

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Jörg Maier, Stefan Forster, Stefan Lueginger

Regionale Entwicklungspolitik im Standortwettbewerb: Fallstudie Agglomerationsraum Linz/Oberösterreich

S. 219 bis 233

Aus:

Albrecht Kaufmann, Martin T.W. Rosenfeld (Hrsg.)

Städte und Regionen im Standortwettbewerb

Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 238

Hannover 2012

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Jörg Maier, Stefan Forster, Stefan Lueginger

Regionale Entwicklungspolitik im Standortwettbewerb: Fallstudie Agglomerationsraum Linz/Oberösterreich

Gliederung

1 Wirtschaftliche Entwicklungsphasen und -pfade in Oberösterreich und im Agglomerationsraum Linz als Begründung für die entwicklungspolitischen Herausforderungen
1.1 Ausgangslage
1.2 Wirtschaftshistorische Entwicklungsphasen
2 Grunddaten und Rahmeninformationen zum Agglomerationsraum Linz: Zur Position im Wettbewerb bzw. zur Wettbewerbsfähigkeit
2.1 Bevölkerungsentwicklung und -struktur
2.2 Beschäftigtensituation
2.3 Wirtschaftsentwicklung und -struktur
3 Leitbilder, Ziele und Strategien der regionalen und lokalen Entwicklungspolitik in Oberösterreich und im Raum Linz
3.1 Regionale Entwicklungspolitik der 1990er Jahre
3.2 Das Oberösterreich 2000+-Konzept und das Strategische Programm „Innovatives OÖ 2010“
3.3 Anpassungen an den Wettbewerb und Evaluierung der Strategien
4 Ausgewählte unternehmerische und lokale Ansätze der regionalen Entwicklungspolitik im Agglomerationsraum Linz
4.1 Das Kunststoff-Cluster Oberösterreich als Beispiel für ein erfolgreiches Clustermanagement
4.2 Der Entwicklungskomplex Markt Hagenberg als Beispiel einer erfolgreichen Ansiedlungs- und Standortpolitik
5 Kurzes Fazit zu den Erfolgsfaktoren der regionalen Wirtschaftspolitik
Literatur

1 Wirtschaftliche Entwicklungsphasen und -pfade in Oberösterreich und im Agglomerationsraum Linz als Begründung für die entwicklungspolitischen Herausforderungen

1.1 Ausgangslage

Oberösterreich, die ausgewählte Untersuchungsregion, ist mit knapp 12.000 km² flächenmäßig das viertgrößte Bundesland und umfasst ca. 14 % der Fläche Österreichs. Gemessen an der Bevölkerungszahl mit etwa 1,4 Mio. Menschen ist es sogar das

drittgrößte Bundesland, verglichen mit Bayern entspricht es jedoch eher einem Regierungsbezirk und ist daher, nicht zuletzt auch aufgrund seiner regionalen Vielfalt, sehr geeignet als Untersuchungsregion, zumal mit der Stadt Linz eine überaus innovative Großstadt (2009 war sie eine der beiden Kulturhauptstädte Europas) mit einer sich gut positionierten Universität als dynamischem Zentrum vorhanden ist. Die verschiedenen Typen ländlicher Räume sind seit vielen Jahren Quellen neuer Strategien im Bereich landwirtschaftlicher Produkte und Maschinen, industriell-gewerblicher Entwicklungen, dezentraler Kommunikationsstrukturen oder auch neuer Ansätze im Heilbad-Tourismus (u. a. Vital-Regionen). Dabei ist es von Bedeutung, dass die Bevölkerung sich stark mit der jeweiligen Untergliederung in einzelne Teilräume identifiziert. Eine gewisse Sonderstellung nimmt Oberösterreich in wirtschaftlicher bzw. wirtschaftsstruktureller Hinsicht ein, zählt die Untersuchungsregion doch zu den am stärksten entwickelten und dynamischsten Räumen Österreichs, begründet auf der historischen Basis der Schwer- und Chemie-Industrie (25 % der Industriebeschäftigten Österreichs) und der überaus guten Anbindung mit Bahn und Straße (einer der mengenmäßig größten Transiträume Europas), und besitzt mit dem Blue Danube Airport Linz auch einen internationalen Flughafen.

Die Landeshauptstadt Linz, im Ranking von 70 europäischen Mittelstädten der Universitäten Delft, Ljubljana und TU Wien (unter Leitung von Prof. Dr. Giffinger) immerhin an 9. Stelle stehend, vor Salzburg, Innsbruck und Graz, zählt mit ihrem Agglomerationsraum zu den bedeutendsten Wirtschaftsregionen Österreichs. Der Bevölkerungszahl von 190.000 Einwohnern (2009) in der Stadt Linz (407.000 Menschen im Agglomerationsraum) stehen ebenso viele Berufstätige gegenüber, was bedeutet, dass täglich rund 90.000 Berufstätige in die Stadt einpendeln.[1]

Die wirtschaftlichen Leitbetriebe in der Stadt Linz lassen sich gut mit vier Branchenschwerpunkten bzw. deren Slogans beschreiben:

- „Linz stählt Zukunft“ mit Stahl, Industrieanlagen und Maschinenbau
- „Linz entwickelt Chemie“ mit Pharma-, Lebensmittel- und Agrarchemie
- „Linz bewegt Technik“ mit Informationstechnologie, Regel- und Steuerungstechnik, Automatisierung und Elektronik
- Linz denkt Innovation“ mit Design Center, techCenter und Logistikcenter der ÖBB-RailCargo Austria.

Neuerdings findet auch eine Forcierung in Richtung Kreativwirtschaft statt. Dies kann man als vorläufigen Schlusspunkt im Bemühen der Stadt sehen, das ehemals negative Image der staubigen Stahlstadt durch viele Initiativen im Umweltschutz- und Kulturbereich (u. a. Linzer Klangwolke, Bruckner-Fest, Prix Ars Electronica) abzulösen, in Richtung einer Kulturstadt.

[1] Daten der Stadt Linz aus Präsentationen im Internet und der Statistik Austria, Volkszählungen 1991 und 2001 sowie vorläufige Auszählungsergebnisse. www.linz.at/zahlen/040_BEVOELKERUNG/086_Volkszählung/ (12.10.2012).

1.2 Wirtschaftshistorische Entwicklungsphasen

Dieses Bemühen wird besonders deutlich, wenn man die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungsphasen für den Zeitraum der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Oberösterreich und im Agglomerationsraum Linz Revue passieren lässt. Lackinger (1997) und Kropf (1981) unterschieden nach der Industrialisierung und der Verkehrserschließung Mitte des 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts grundsätzlich fünf Phasen:

Phase 1:

Die *Okkupation im Nationalsozialismus (1938–1945)* mit der Gründung von Großbetrieben der Eisen- und Metallindustrie, v. a. mit der Spezialisierung auf Rüstungsbetriebe (z. B. Hermann-Göring-Werke).

Phase 2:

Der *Aufstieg zum Industriebundesland Nr. 1 (1946–1976)* mit einer Zweiteilung Oberösterreichs bis zum Staatsvertrag 1955 in das sowjetisch besetzte Mühlviertel und die in der US-amerikanischen Zone liegenden Gebiete südlich der Donau. Dort vollzogen sich, nicht zuletzt durch die Verstaatlichungsgesetze 1946 und 1947, beachtliche wirtschaftliche Entwicklungsschübe, im Gegensatz zum Mühlviertel. Ab 1955 erhielt das Mühlviertel umfangreiche Aufbauhilfe, um die strukturellen und wirtschaftlichen Differenzen möglichst rasch zu beseitigen.

Phase 3:

Wachstumsverlangsamung und Krise der verstaatlichten Industrie (1976–1989). Nach dem wirtschaftlichen Höhepunkt 1980 erfolgte durch die Krise bei der voestalpine AG ab 1986 ein massiver Rückgang der Beschäftigungszahlen und eine erhebliche Umstrukturierung.

Phase 4:

Privatisierung der verstaatlichten Industrie und Ost-Öffnung (1989–1995). Dank der wichtigen Rolle der KMU und auch der Privatisierung der verstaatlichten Industrie sowie der Ostöffnung kam es zu Beginn der 1990er Jahre zu einem erneuten Aufschwung. Der Anteil der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie z. B. sank von 28 % aller Beschäftigten in der Industrie Oberösterreichs Anfang der 1980er Jahre auf 4 % Mitte der 90er Jahre.

Phase 5:

EU-Beitritt, Internationalisierung und Wahrung der industriellen Vormachtstellung (1995 bis heute). Ein wesentlicher Zeitpunkt für die wirtschaftliche Entwicklung war der Beitritt Österreichs zur EU 1995, in Oberösterreich nicht zuletzt auch deshalb, weil große Teile des Bundeslandes als Fördergebiete in der Periode 1995–1999 ausgewiesen wurden.

Die Internationalisierung trug ebenso wesentlich zur Entwicklung bei, bundesdeutsche Unternehmen wie BMW, MAN oder Siemens investierten im großen Umfang, mit dem Ergebnis, dass die Industrie auch weiterhin der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung des Bundeslandes blieb (vgl. Zürker 2007).

Somit erklären sich auch die vielfältigen Anstrengungen und z. T. neuen Wege des Standort- und Regionalmarketings bzw. der neuen Regionalpolitik der letzten 10 Jahre, etwa in Gestalt des Strategischen Programms „Innovatives Oberösterreich 2010".

2 Grunddaten und Rahmeninformationen zum Agglomerationsraum Linz: Zur Position im Wettbewerb bzw. zur Wettbewerbsfähigkeit

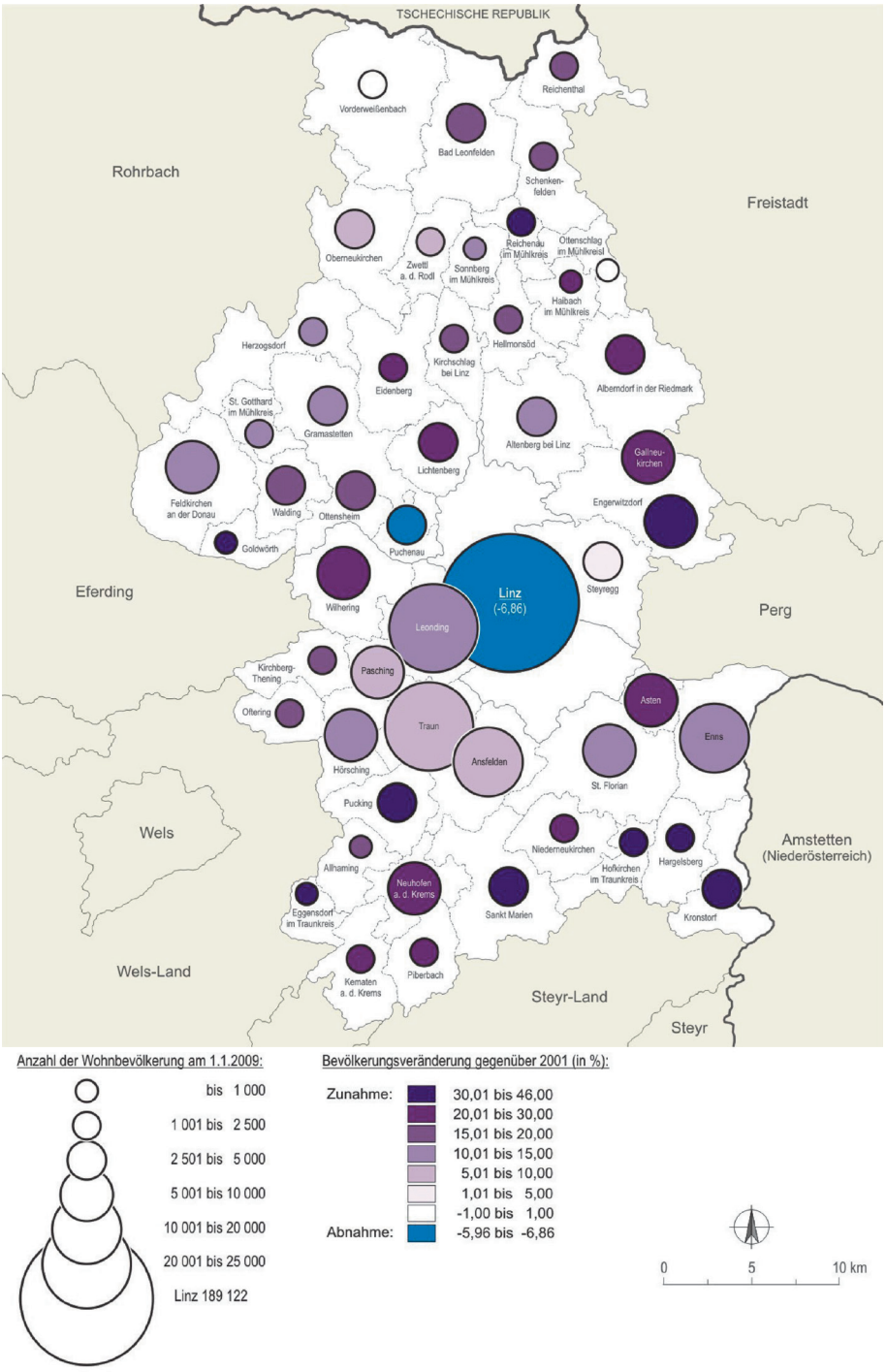
Um jedoch die soziale und wirtschaftliche Situation im Zeitraum 1991 bis 2006 bzw. 2007 (vorliegende statistische Daten im Agglomerationsraum Linz) beschreiben zu können, sollen nun einige Ausführungen zur Bevölkerungsentwicklung und -struktur, zur Beschäftigtensituation und zu den Pendlerverflechtungen sowie zur Wirtschaftsentwicklung gemacht werden. Dabei spielen in Österreich die Pendlerverflechtungen eine wesentliche raumgestalterische Rolle, wurden sie doch etwa auch zur Abgrenzung der Agglomerationsräume herangezogen. So zählt danach neben dem Stadt- und Landbezirk Linz noch der Bezirk Urfahr-Umgebung zum Agglomerationsraum Linz.

2.1 Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Im Zeitraum 1991–2008 kann man nicht nur ein Bevölkerungswachstum im Süden der Stadt Linz erkennen, sondern die Suburbanisierungstendenz trifft ebenso für die Gemeinden im Norden der Donau zu, mit wachsender Distanz zur Stadt etwas schwächer werdend. Für die Stadt selbst, die zwischen 1971 und 1991 ihren höchsten Bevölkerungsstand erreichte, hatte dies zu Folge, dass sie in den 1990er Jahren rd. 20.000 Menschen an die Umlandgemeinden verlor. In den letzten 10 Jahren versuchte die Stadtentwicklungspolitik deshalb neben einer Reihe von Infrastrukturprojekten (z. B. dem Neubau des Hauptbahnhofes und beeindruckenden Bürogebäuden der ÖBB des Landes Oberösterreich, der Energie AG der Raiffeisenlandesbank und dem stadteigenen Wissensturm) durch mehrere Wohnprojekte (z. B. Solar City Pichling, Lenaupark, Erschließung des Stadtgebietes im Süden) verstärkt Wohnraum zu schaffen. Damit konnten zwischen 2001 und 2006 rd. 5.000 Einwohner zurück- oder neu gewonnen werden.

Abbildung 1 belegt für die jüngste Zeit, wie sich insbesondere im Süden von Linz-Land, nicht zuletzt auch in Verbindung mit der wachsenden Zahl und Fläche neuer Gewerbegebiete und Shopping Center, die Bevölkerungszunahmen nach außen verlagert haben.

Abb. 1: Veränderung der Bevölkerung im Grenzraum Linz zwischen 2001 und 2008



Quelle: Land Oberösterreich 2009

2.2 Beschäftigtensituation

Dabei zeigt sich die aktuelle Wirtschaftskrise auch in Oberösterreich, hat die Arbeitslosenrate – obwohl im Agglomerationsraum Linz mit 3,4 % 2007 nahe der Vollbeschäftigung, ein Sonderfall in Österreich neben dem Raum Salzburg – doch gerade in den südlich gelegenen Gemeinden mit teilweise hohem Gewerbeanteil deutlich zugenommen, während dies in den eher ländlich strukturierten Gemeinden weit weniger zutraf (eine auch aus Deutschland bekannte regionale Differenzierung).

Auch am Beispiel eines weiteren Indikators, dem Anteil der Studenten, zeigt sich, dass die nördlich der Donau gelegenen Gemeinden gegenüber den 1950er und 1960er Jahren erheblich aufgeholt haben. So kommen zu den mehr als 3.200 Studenten in Linz weitere 1.600 in Linz-Land und etwa 1.200 im Bezirk Urfahr und Umgebung hinzu. Trotz des hohen Anteils an Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor in Linz mit 44,3 % 2006 ist die Stadt wohl weiterhin v. a. durch moderne Industrie geprägt. Wie sehr sie dabei mit dem Umland verflochten ist, zeigen die Pendlerverflechtungen, wobei viele Pendler aus teilweise großer Entfernung, auch aus den Nachbarländern, kommen.

2.3 Wirtschaftsentwicklung und -struktur

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Oberösterreich das wichtigste industrielle Bundesland Österreichs ist, wobei – gemessen etwa an dem Indikator „Patente je 1000 Einwohner" – die Stadt Linz mehr als doppelt so hohe Raten aufweist als Oberösterreich im Durchschnitt. In vergleichbarer Weise zeigt sich dies auch in Bezug auf die seit einiger Zeit hoch bewertete Kreativwirtschaft. In der Stadtregion Linz waren z. B. im Jahr 2004 rd. 3.400 Betriebe bzw. über 55.000 Beschäftigte in den Bereichen Buchmarkt und Presse, Werbewirtschaft sowie Forschung, Bildung und Entwicklung tätig (vgl. Lechner et al. 2006). Dies waren beinahe 20 % der Gesamtwirtschaft der Betriebe und 15 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Region. In den 2.100 Betrieben der Kreativwirtschaft i. e. S. waren die meisten, d. h. 25 % in der IuK-Wirtschaft, der Multimedia- und Internetwirtschaft zu finden.

In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, der Kunstuniversität, Ars Electronica, Künstlern und kreativen Unternehmen betreibt die Stadtpolitik und -verwaltung Lobbyarbeit für kreative Leistungen, etwa durch kreative GründerInnenzentren mit Mietzuschüssen oder einem Netzwerk Design und Medien (vgl. TMG 2009). Das heißt, aus der traditionellen industriellen Produktion von Eisen und Stahl sowie Chemie hat sich im Laufe von 20 Jahren eine überaus moderne Industrieproduktion sowie eine Dienstleistungsstruktur entwickelt, die Beleg für einen erfolgreichen Strukturwandel ist.

Gibt es, neben den unternehmensinternen bzw. branchenspezifischen Erklärungsfaktoren im Sinne der Fragestellung des Arbeitskreises auch Faktoren des Einflusses von staatlichen bzw. städtischen Institutionen und deren Konzepten?

Von staatlichen Institutionen:

- Erweiterung der Johannes Kepler Universität mit dem „Science Park"
- Vergrößerung des Angebotes und der Forschungseinrichtungen der Anton-Bruckner-Privat-Universität
- Neupositionierung der OÖ Landesmuseen als Universalmuseum mit enger Verflechtung mit den Museen im ganzen Bundesland

3 Leitbilder, Ziele und Strategien der regionalen und lokalen Entwicklungspolitik in Oberösterreich und im Raum Linz

3.1 Regionale Entwicklungspolitik der 1990er Jahre

Der Niedergang der verstaatlichten Industrie und deren Privatisierung war ein entscheidender Wendepunkt der Wirtschaftsentwicklung in Oberösterreich. Die Privatisierungserlöse waren auch die Grundlage für eine neue Standort- und Technologiepolitik, mit der Einrichtung eines „Zukunftsfonds" und der Aufstellung von „Strategischen Programmen", mit der Industrie im Mittelpunkt sowie dem Aufbau und der Entwicklung von Clustern. Die oberösterreichische Technologie- und Marketinggesellschaft mbH (TMG) formulierte als wesentliches Ziel ihrer Aktivitäten „die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen nicht durch die Stärken einzelner Unternehmen, sondern durch die Innovationskraft ganzer Industriekomplexe (Cluster) bestimmt zu sehen." Diese historisch begründete Aussage ist angesichts der Rolle der Großbetriebe in der Vergangenheit verständlich und weist auch auf einen Unterschied zu Deutschland hin. Waren die Entwicklungen bis 2000 noch durchaus parallel zu Deutschland zu sehen, so wurde die Clusterpolitik doch zeitlich erheblich schneller umgesetzt als etwa in Bayern (erst 2005).

3.2 Das Oberösterreich 2000^{+}-Konzept und das Strategische Programm „Innovatives OÖ 2010"

In den Jahren 1997/98 wurde von der TMG ein regionales Entwicklungskonzept ausgearbeitet, vom Land initiiert und von den verschiedenen Akteursgruppen durch entsprechende Mitarbeit gestaltet. Die Laufzeit war auf fünf Jahre ausgelegt und sollte auch zur Stärkung der benachteiligten Gebiete beitragen. Mitte 2005 wurde das Programm fortgeschrieben, auf raumplanerischer Ebene begleitet durch die oberösterreichischen Raumordnungsnovellen 2005 und 2006. Beteiligt bei der Entwicklung des Programms waren nicht nur Vertreter der Politik, sondern auch Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Die Nachfolgerin war das Strategische Programm „Innovatives OÖ 2010" mit 600 Mio. € und 43 Maßnahmen mit einer Betonung

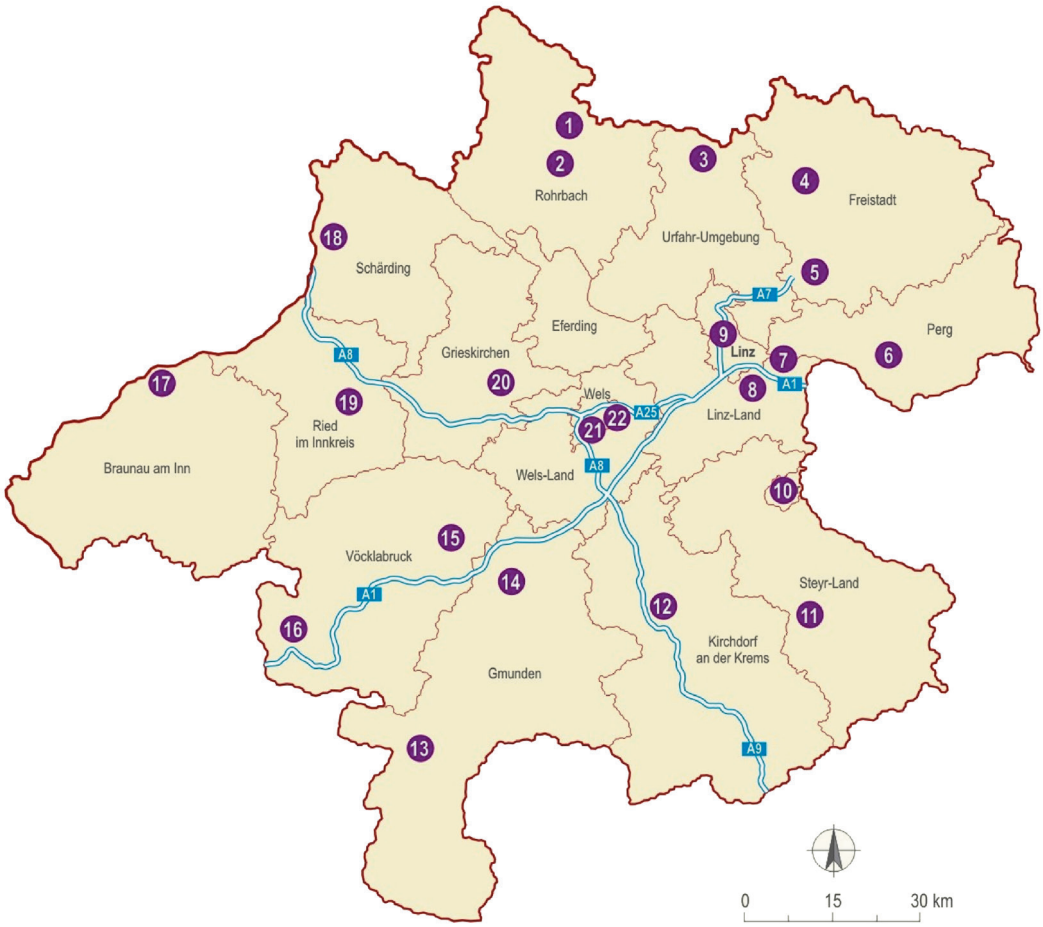
- der F&E-Mitwirkung in den fünf Forschungsschwerpunkten Mechatronik und Prozessautomatisierung, IuK-Technologie, Life Sciences, Leichtbau und innovative Werkstoffe, sowie Logistik;
- des Themenfeldes Wirtschafts- und Technologiestandort und den vier Strategien Wirtschafts-, Technologie- und Regionalförderung, Betriebsansiedlung, Standortentwicklung, Infrastruktur und Energie, den Impulszentren (Oberösterreich verfügt über ein breit ausgebautes Netzwerk an Impuls- und Technologiezentren (21), Hauptaufgaben sind u. a. Förderung der Gründung und Entwicklung innovativer/technologieorientierter Unternehmen, Unterstützung des Wissenstransfers) (vgl. TMG 2005) und dem Standortmarketing;
- des Themenfeldes berufliche Qualifikation mit dem Tenor „innovationsbewusste Bildung über Generationen hinweg";
- des Themenfeldes EU-Networking mit dem Ziel einer noch aktiveren Rolle der Region in Brüssel.

Die TMG spielt als umsetzungsorientierte Einrichtung eine entscheidende Rolle, auch bei der Anfang des Jahres 2009 erfolgten Kick-Off-Veranstaltung für die Erstellung des Folgeprogramms für die Jahre 2010–2013, in enger Verbindung mit der 100 %igen Tochter Upper Austrian Research, dem Hightech-Inkubator tech2b, der CATT Innovation Management GmbH als Beratungsgesellschaft, der Clusterland Oberösterreich GmbH und den 15 Technologiezentren.

Die Stadt Linz setzt besonders auf ihre soziale Kompetenz als Hochschul- und Bildungsstandort und organisiert zusammen mit der TMG den sog. Education Highway, u. a. mithilfe des Kompetenzzentren-Programms COMET (z. B. Holzforschungszentrum WOOD oder MET für metallurgische Forschung), insgesamt schon 99 Unternehmen mit 66 wissenschaftlichen Partnern. In die gleiche Richtung zielen die fünf Wirtschaftsparks oder das Bildungs-TV über Internet (inzwischen verfügen über 100 Schulen über Großbildschirme).

Jüngstes Konzept für die Bemühungen, hochqualifizierte Erwerbspersonen nach Linz zu holen bzw. sie hier zu binden, ist der Erwerb der ehemaligen Tabakfabrik (ein architektonisches Meisterwerk aus den 1920er Jahren) durch die Stadt Linz mit dem Ziel, das Areal als Ort für Kreativität und Bildung kulturell zu nutzen.

Abb. 2: Impuls- und Technologiezentren in Oberösterreich (Stand Dezember 2008)



1 Technologie- & Dienstleistungszentrum Donau Böhmerwald/ Haßlachl
2 Technologie- & Dienstleistungszentrum Donau Böhmerwald/ Neufelden
3 Tourismus Gastronomie Dienstleistungszentrum Bad Leonfelden
4 Technologiezentrum Freistadt
5 Softwarepark Hagenberg
6 Technologiezentrum Perg
7 Logistikzentrum Ennshafen
8 Technologie- & Innovationszentrum St. Florian
9 Techcenter Linz
10 Technologie- & Innovation Center Steyr
11 Technologie- & Dienstleistungszentrum Ennstal
12 Technologie- & Innovationszentrum Kirchdorf
13 Technologiezentrum Bad Ischl
14 Technologiezentrum Gmunden
15 Technologiezentrum Attnang-Puchheim
16 Technologiezentrum Mondseeland
17 Techno-Z Braunau
18 Technologie- & Gründerzentrum Schärding
19 Techno-Z Ried
20 Technologie- & Innovationszentrum Grieskirchen
21 Gründer- & Technologiezentrum Wels
22 Business- & Innovationszentrum Wels

Quelle: TMG 2009

3.3 Anpassungen an den Wettbewerb und Evaluierung der Strategien

Wie schon der Vergleich der beiden Programme OÖ 2000+ und Innovatives OÖ 2010 zeigt, wurde das Nachfolgeprogramm spezifischer und konzentrierter auf Themen und Branchen ausgerichtet. In beiden Fällen stehen hinter den Konzepten die Landespolitik, die Wirtschaftsvertretungen und die Sozialpartner, wobei die TMG die operative Einheit darstellt. Insgesamt handelt es sich um eine Gruppe von rd. 260 Personen. Dabei ist sicherlich von Vorteil, dass parteipolitische Differenzen kaum eine Rolle spielen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sowohl Vertreter der ÖVP, der SPÖ und der Grünen etwa in der Stadtpolitik von Linz gemeinsam Verantwortung tragen.

Was die Umsetzung der Maßnahmen angeht, so sind sicherlich auch Hemmnisse und Hürden vorhanden, die dynamische Art der TMG und wohl auch die kurzen Wege der Kommunikation haben dazu beigetragen, dass sämtliche Projekte im Prozess sind. Von Vorteil ist dabei, dass die Kepler-Universität in ihren Vertretern über sehr pragmatisch und angewandt arbeitende Hochschullehrer und Mitarbeiter verfügt.

Dies wird auch durch verschiedene Studien zur Evaluierung der Programme deutlich, so etwa bei Schneider und Holzberger (vgl. Schneider et al. 2003), die – bezogen auf die Clusterinitiativen, die Technologiezentren und die innovationsorientierten Studiengänge an den Linzer Hochschulen – der TMG bescheinigen, durch den Ausbau der Forschungs- und Innovationsinfrastruktur große Bedeutung für die regionale und überregionale Wirtschaftsentwicklung entfaltet zu haben. Die Maßnahmen hätten den Arbeitsmarkt belebt und entsprechend nicht zuletzt auch voll den Zielen der EU-Politik (u. a. durch die Anhebung der F&E-Quote im Sinne einer Verbesserung der Innovationsfähigkeit) entsprochen.

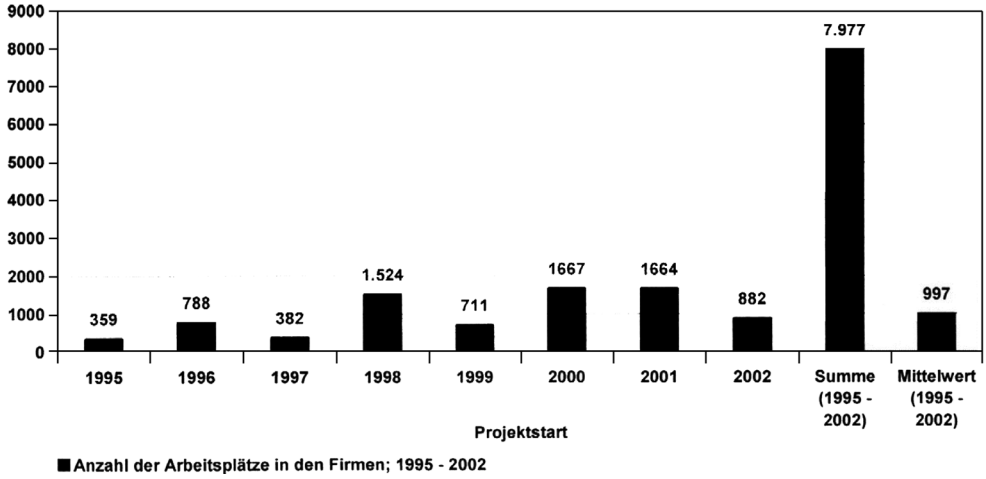
Kritisch aus Sicht der Raumforschung ist anzumerken, dass neben dem erfolgreichen Einsatz der Impulszentren noch keine Studie angeregt und durchgeführt worden ist – etwa in Gestalt der Reaktionen auf der Bürgermeister-Ebene und im Vergleich mit der niederbayerischen Situation –, wie dieses System der endogenen Planung ohne staatliche Festlegung Zentraler Orte funktioniert. Aktuell wird in Oberösterreich auf wissenschaftlicher Ebene, angeregt durch die bereits laufenden Gemeindekooperationen, über eine Neudefinition „zentralörtlicher Funktionen" nachgedacht. Die Planungen des Landes OÖ in der überörtlichen Raumplanung erfolgten weitgehend auf politischem Konsens der Parteien und Körperschaften einerseits und zwischen Land und Gemeinden andererseits. Inzwischen schwächt sich der „Wettbewerb" unter den Gemeinden etwas ab zugunsten gemeinsamer Überlegungen auf Bürgermeisterebene. Belohnt wird dieses kooperative Verhalten mit höheren und/oder schnelleren Förderungen bzw. Mittelzuweisungen.

4 Ausgewählte unternehmerische und lokale Ansätze der regionalen Entwicklungspolitik im Agglomerationsraum Linz

4.1 Das Kunststoff-Cluster Oberösterreich als Beispiel für ein erfolgreiches Clustermanagement

Ein Ziel der oberösterreichischen Wirtschafts- und Technologiepolitik war auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attrahierung der Region ausgerichtet. Insgesamt acht verschiedenen Clusterinitiativen haben das Ziel, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen insbesondere durch kooperative Zusammenarbeit im Netzwerk zu fördern. Die Betrachtung des Kunststoff-Clusters Oberösterreich soll hier als „Best Practice" eines erfolgreichen, zielgerichteten und zukunftsfähigen Clustermanagements dienen. Dies soll und kann nicht heißen, dass Clusterpolitik die wesentliche Strategie einer modernen Regionalentwicklungspolitik darstellt, ebenso sollen auch die historischen Aspekte einer solchen Strategie nicht ausgeblendet werden.

Abb. 3: Anzahl der generierten Arbeitsplätze, Projektstart 1995–2002



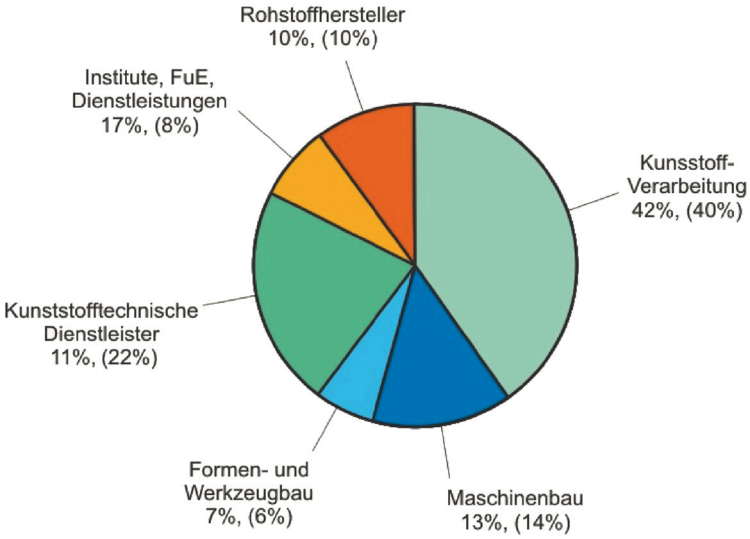
Quelle: Schneider et al. 2003: 20

Im Jahr 2011 kooperieren 430 Partnerunternehmen im Cluster. Es umfasst rd. 45.000 Beschäftigte und einen Gesamtumsatz von etwa 18 Mrd. Euro (Clusterland Oberösterreich GmbH 2011). Bereits in den ersten acht Jahren wurden fast 8000 Arbeitsplätze generiert (vgl. Abb. 3).

Das Clustermanagement des Kunststoff-Clusters (KC) wurde im April 1999 eingerichtet. Die Trägerorganisation ist die TMG. Der Kunststoff-Cluster Oberösterreich ist derzeit das größte branchenübergreifende Kunststoffnetzwerk in Europa. Von 366 Part-

nerunternehmen mit über 46.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 9,4 Mio. € im Jahre 1999 hat sich das Netzwerk inzwischen über die Grenzen Oberösterreichs hinaus ausgedehnt, Anfang 2006 wurde ein Servicebüro in Wien eingerichtet (vgl. Gutgesell 2006). Mitgliedsunternehmen sind bereits in allen österreichischen Bundesländern zu finden, wenngleich eine deutliche räumliche Konzentration in Oberösterreich gegeben ist. Dabei zeigt sich, auf die verschiedenen Branchensegmente bezogen, eine Stabilisierung. Der zeitliche Vergleich zwischen 2005 und 2011 belegt dies bei einer Gewichtsverlagerung zwischen „Instituten/FuE" und „Dienstleistern", was damit zusammenhängt, dass im Laufe der Entwicklung immer stärker Aspekte der konkreten Umsetzung von Projekten eine Rolle spielen. Durch das Vorhandensein einer so großen Zahl an Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen besteht ein großes Potenzial zur Generierung von kooperativen Innovationsprojekten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und damit auch der Region. Als besonders positiv hat sich bei der Evaluierung der Clusterinitiative die Einrichtung des Clusterbeirats erwiesen, da damit ein direkter Bezug zu den Belangen der Unternehmen hergestellt wird.

Abb. 4: Mitglieder des Kunststoff-Clusters nach Branchensegmenten 2005 (2011)



Quelle: Gutgesell, M. (2006); Datengrundlage TMG (2005): 4

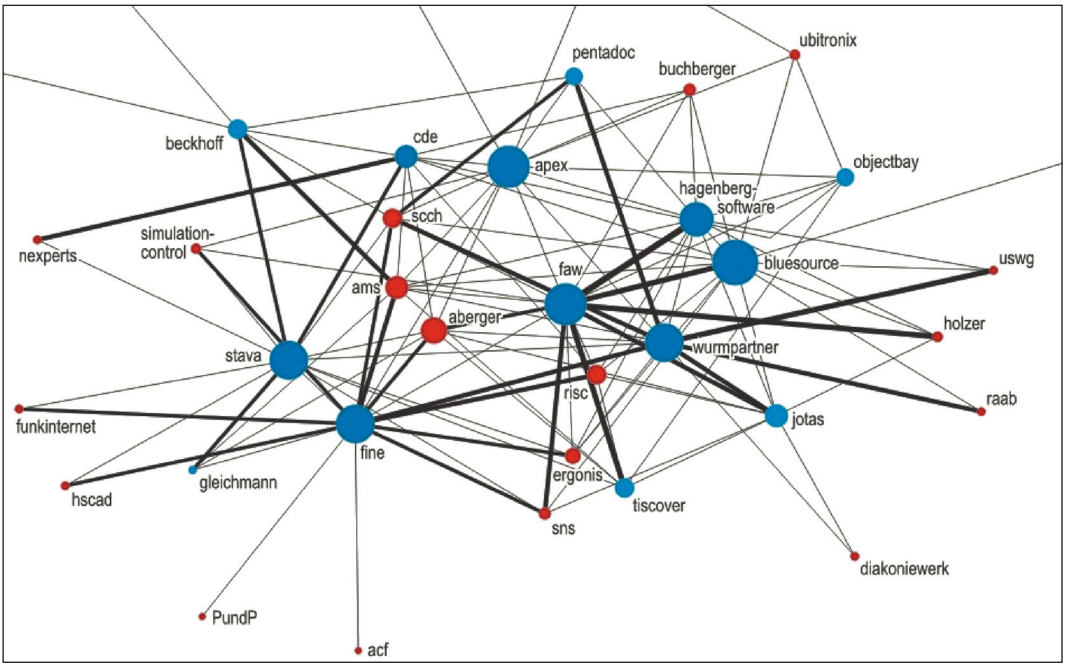
Die Finanzierung der Clusterinitiativen erfolgt zum Großteil aus dem oberösterreichischen Zukunftsfonds. Seit dem Jahr 2002 müssen auch die Unternehmen zur Finanzierung des Clustermanagements durch Zahlung von fixen Mitgliedsbeiträgen beitragen. Die Beiträge richten sich nach Größe und Umsatz der Unternehmen, sie lagen 2011 zwischen 299 und 1.195 € ohne MwSt. Neben den Mitgliedsbeiträgen finanziert sich das Clustermanagement noch über Einnahmen von Veranstaltungen, Sponsorengeldern und aus dem Verkauf von Dienstleistungen (vgl. Bleier et al. 2010).

4.2 Der Entwicklungskomplex Markt Hagenberg als Beispiel einer erfolgreichen Ansiedlungs- und Standortpolitik

Im Geschäftsbereich Standortmarketing hat die TMG folgende Aufgaben übernommen:

- Betriebsansiedlung im Sinne eines One-Stop-Shops für Investoren
- Sicherung, Entwicklung und Vermarktung von Standorten
- Service für die Gemeinden
- Touristische Leitprojekte und
- Technologiezentren

Abb. 5: Verflechtung zwischen den Unternehmen im Raum Hagenberg



Quelle: http://www.Softwarepark-Hagenberg.com

Ein konkretes Beispiel für die Umsetzung des Konzepts bildet der Softwarepark Hagenberg. Ca. 20 km nordöstlich von Linz gelegen, war ein abbruchreifes Schloss die Basis für den heutigen Sitz des „Research Institute für Symbolic Computation". Im Jahr 1991 wurde in der Nähe der Softwarepark gegründet, 1993 kam der Campus Hagenberg für Informatik, Kommunikation und Medien der Fachhochschule Oberösterreich hinzu. Wesentlicher Motor dieser Entwicklung war und ist Prof. Dr. Bruno Buchberger mit seinem Konzept der „Smart Synergies", einer wechselseitigen Befruchtung der Bereiche Forschung, Ausbildung und unternehmerischer Umsetzung (vgl. Abb. 5).

Aktuell umfasst der Softwarepark (2009) acht Forschungsinstitute, den Standort der FH Oberösterreich mit 1200 Studierenden, insgesamt mit über 1000 Beschäftigten, eine erstaunliche Entwicklung in nicht einmal 20 Jahren.

5 Kurzes Fazit zu den Erfolgsfaktoren der regionalen Wirtschaftspolitik

Die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Region sowie die Anpassung an die wachsenden Standortanforderungen waren die Ziele der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik in Verbindung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern in Oberösterreich und im Agglomerationsraum Linz. Möglich wurde die rasche Umsetzung durch finanzielle Beiträge (u. a. des Zukunftsfonds) von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft, vor allem aber durch dynamisch und unternehmerisch agierende Einrichtungen, wie etwa die TMG, aber auch der Hochschulen, bis hin zu den jüngsten Aktionen auf internationaler Ebene. Basis sind dabei ohne Zweifel die funktionierenden Netzwerke von Personen, Unternehmen und Institutionen, das vorhandene Vertrauen zwischen den Partnern („Handschlagqualität") und eine wachsende Gruppe „kluger Köpfe", deren Ideen man sie auch realisieren lässt. Grundlegend war außerdem das Konzept, dass man für jede Maßnahme einen „Kümmerer" eingesetzt hat und es genügend Plattformen gibt, wo sich die Ergebnisse präsentieren lassen (Tagungen, Messen, Austria Business Agency).

Es gibt aufgrund der geschaffenen Rahmenbedingungen also ausreichend Chancen für Eigeninitiative und Unternehmergeist sowohl im privatwirtschaftlichen wie öffentlich-rechtlichen Raum. Die Offenheit für Neues, gegebenenfalls auch ein Kopieren erfolgreicher Strategien in anderen Regionen (Benchmarking) auf der einen Seite und das Einbringen des speziellen Wissens und der Potenziale (*tacit knowledge*) auf der anderen Seite sind sicherlich weitere Erfolgsfaktoren.

Literatur

Bleier, H.; Pamminger, W. (2010): Kunststoffstandort Oberösterreich. Linz.

Clusterland Oberösterreich GmbH (Hrsg.) (2011): Kunststoff-Cluster. KC-Datenbank. www.kunststoff-cluster.at/1698_DEK_HTML.php (12.10.2012).

Gutgesell, M. (2006): Cluster im Wirtschaftsraum Oberfranken – Clusterstrukturen sowie Ansatzpunkte für ein Clustermanagement. In: Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung 245. Bayreuth.

Lackinger, O. (1997): 50 Jahre Industrialisierung in Oberösterreich, 1945–1995. Linz.

Lechner, D.; Philipp, T. (2006): Kreativwirtschaft in der Stadtregion Linz. Linz.

Kropf, R. (1981): Oberösterreichs Industrie (1873–1938). Ökonomisch-strukturelle Aspekte einer regionalen Industrieentwicklung. In: Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Linz.

Land Oberösterreich, Statistik. Bearbeitung: J. Feilner. Fachgebiet Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung der Universität Bayreuth 2009.

Schneider, F.; Holzberger, M. (2003): Volkswirtschaftliche Analyse ausgewählter Maßnahmen der oberösterreichischen Standort- und Technologiepolitik. Eine empirische Untersuchung. Linz.

Softwarepark Hagenberg (2011): http://www.Softwarepark-Hagenberg.com.

TMG - Technologie- und Marketinggesellschaft (2012): http://www.tmg.at (12.10.2012).

TMG – Technologie- und Marketinggesellschaft (2008): Geschäftsbericht 2008, Entwicklung und Tätigkeit der Geschäftsbereiche „Standortmarketing" und „Innovation & Technologie" der TMG im Geschäftsjahr 2008, Linz 2008.

Wirtschaftsservice der Stadt Linz (2009): .Linz. www.linz.at/wirtschaft/3529.asp (12.10.2012).

Zürker, M. (2007): Cluster als neue Konzepte der wirtschaftsbezogenen Raumentwicklung – Diskussion der Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen des Ansatzes auf der Basis der Erkenntnisse einer Evaluation der Clusterpolitik Oberösterreichs. In: Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung 22. Kaiserslautern.